

WINDKRAFT: Mögliche Veränderungen im Landesentwicklungsplan sorgen für Diskussionen

Wohl keine Auswirkungen für Hüttenfeld

Von unserem Redaktionsmitglied Isabell Boger

HÜTTENFELD. Geplante Veränderungen im Landesentwicklungsplan, die Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) kürzlich dem Landtag vorstellte, befeuern die Diskussion um den Standort von Windkraftanlagen - auch in Hüttenfeld. Denn der Änderungsentwurf, der dazu dienen soll, "Windkraft auf die effizientesten und verträglichsten Flächen zu konzentrieren", sieht vor, dass Windkraftanlagen künftig einen Mindestabstand von 1000 Metern zu Siedlungsflächen wahren müssen. Und dass an den Standorten eine durchschnittliche Windgeschwindigkeit von mindestens 5,75 Metern pro Sekunde in 140 Metern Höhe herrschen muss.

Dies wäre bei den drei geplanten Windkraftanlagen auf dem ehemaligen Deponiegelände bei Hüttenfeld nicht der Fall: Für das Ried weist der Windatlas, den der TÜV Süd für Hessen erstellt hat, nur Windgeschwindigkeiten von 5,5 Metern pro Sekunde aus. Glaubt man Hartfrid Golf, Sprecher der Hüttenfelder Bürgerinitiative "Gegenwind", ist die Windstärke auf dem Deponiegelände des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) noch geringer. "Wie der Windatlas bestätigt, verringern angrenzende Waldgebiete - wie das westlich des Deponiegeländes - die Windgeschwindigkeit." Golf geht daher eher von 5,2 Metern pro Sekunde aus, schließlich sei der Wert von 5,5 nicht wirklich gemessen, sondern nur modellhaft errechnet worden.

Durch den Vorstoß des Ministers sieht sich Golf in seiner Argumentation bestätigt, dass es in Hüttenfeld nicht wirtschaftlich, wohl aber umweltbelastend sei, Windräder aufzustellen. Er vermutet jedoch, dass der Änderungsentwurf aus zeitlichen Gründen keine Auswirkungen auf das laufende Genehmigungsverfahren mehr haben wird.

"Noch ist nichts beschlossen"

"Denn noch hat der Landtag die Änderungen nicht beschlossen", sagt ZAKB-Geschäftsführer Hilbert Bocksnick, der auf den Bau der Hüttenfelder Windkraftanlagen hofft. Und selbst, falls es so kommen sollte, wird es weitere Zeit brauchen, bis die Vorgaben auch in den hiesigen Regionalplan übernommen werden. Solange das nicht der Fall ist, werden Anträge vom Regierungspräsidium nach den aktuellen Vorgaben bearbeitet, wie Dieter Ohl vom Regierungspräsidium Darmstadt erklärt.

Vorgespräche geführt

Bisher ist für die Anlage auf dem ZAKB-Gebiet aber noch kein offizielles Genehmigungsverfahren eröffnet worden. Wie Ohl und Gerhard Goliash vom ZAKB übereinstimmend bestätigen, wurden bereits Vorgespräche geführt und Unterlagen eingereicht. Diese seien jedoch noch nicht ganz vollständig. "Daher müssen wir jetzt nachbessern", sagt Goliash, der damit rechnet, dass bis Mitte des Jahres alle Gutachten abgeliefert werden können.

Generell, erinnert Ohl, sei die Windgeschwindigkeit nur eines von vielen Kriterien, die beim Genehmigungsverfahren herangezogen würden: "Auch Arten- und Naturschutz, Schattenwurf oder Lärmbelästigung spielen eine Rolle." Im Hinblick auf die Windgeschwindigkeit weist er außerdem darauf hin, dass vor allem der Betreiber entscheiden müsse, ob genügend Wind vorhanden ist. Eine Genehmigung der Hüttenfelder Anlage sei daher durchaus möglich.

Auch der Bergsträßer Umweltdezernent Matthias Schimpf (Grüne) ist der Ansicht, dass die Wirtschaftlichkeits-Entscheidung bei den Investoren liege. Er bedauert, dass der Minister-Vorschlag "das Ried als Teilregion des Kreises faktisch als Windkraft-Standort ausschließt". Im Kreis Bergstraße sei man der Ansicht, dass die Auswirkungen der Energiewende gleichmäßig auf alle Gebiete verteilt werden müsse. "Der maximale Ertrag ist

nicht alles", betonte Schimpf. Auch gelte es, den kontinuierlichen technischen Fortschritt in Sachen Anlageneffizienz zu berücksichtigen.

Als nächstes will Schimpf die Bergsträßer Landtagsabgeordneten mobilisieren, um die Interessen der Region zu vertreten. So solle zumindest die Option gewahrt werden, Flächen mit Windgeschwindigkeiten von 5,5 Metern pro Sekunde - wie in Hüttenfeld - zumindest nachrangig zu berücksichtigen.

"Mehr als Abwarten bleibt uns momentan also nicht", fasst Gerhard Goliasch vom ZAKB zusammen.

© Südhessen Morgen, Mittwoch, 27.03.2013